

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 2. August 1918. Nr. 239.

Widmung eines Gruftplatzes für die Familie Bienenrth. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Poyer beschlossen, der Gräfin Bienenrth - Schmerling am Hietzinger Friedhofe einen Platz zur Errichtung einer Gruft gebührenfrei auf Friedhofsbestand zu überlassen, in der als erste Leiche weiland Graf Richard von Bienenrth - Schmerling beigesetzt werden soll.

Kaiser Karl Wohlfahrts-Werk. Im Laufe des heutigen Tages sind neuerlich 5 Sonderzüge mit Kindern des Kaiser Karl Wohlfahrts-Werkes nach Ungarn abgegangen. Aus dem 6. und 7. Bezirk wurden 1145 Kinder, aus dem 13. Bezirk 1257 Kinder und aus dem 14. Bezirk 1221 Kinder abgesendet. Ferner sind heute 1362 Kinder aus dem Bezirke Aussig und 950 Kinder aus dem Bezirke Karlsbad in die jenseitige Reichshälfte befördert worden.

Die neuen Mehl und Brotpreise im Stadtrat. Der Stadtrat beschäftigte sich heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner mit der von der Regierung geplanten Erhöhung der Mehl- und Brotpreise. Magistratsrat Dr. Roskopf erstattete zu diesem Gegenstand ein ausführliches Referat, in welchem er die Brot- und Mehlversorgung in der Zeit vom 16. Juni bis heute behandelte, insbesondere auf die Aushilfe der Gemeinde Wien während der gekürzten Brotquote besprach und im übrigen die vom Bürgermeister unternommenen Schritte, betreffend die Sicherung der Mehlversorgung aus der neuen Ernte erörterte. Schliesslich kam er auf die neue Verordnung, betreffend die Aufbringung von Getreide, die Verordnung über die Regelung der Lohnmüllerei und die neuen Getreideübernahmepreise zu sprechen. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit in den Tagesblättern erschienenen Verlautbarungen über eine angebliche Erhöhung der Mehl- und somit der Brotpreise bespricht der Referent die für die Preisbildung massgebenden Momente und erörtert die Absicht der Regierung, das Defizit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, das angeblich derzeit 160 bis 180 Millionen Kronen betragen soll im Wege einer allgemeinen Brot- und Mehlsteuer zu decken, wobei wahrscheinlich die Regierung auch die Absicht habe, eventuellen im neuen Erntejahre aufscheinenden Gebahrungsabgängen rechtzeitig vorzubeugen, da angeblich bei Belassung der derzeitigen Preise das Defizit der Anstalt mit 1 1/2 Milliarden zu beziffern sein soll. Die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise unter den dermaligen

schwierigen Ernährungsverhältnissen wird als eine umso drückendere Steuer von den städtischen Verbrauchern empfunden werden, als diese Besteuerung überhaupt unsozial ist und die Selbstversorger hievon nicht betroffen würden. Wenn es auch richtig ist, dass der Brot- und Mehlpreis seit dem Jahre 1915 keine wesentliche Erhöhung erfahren hat, so muss dem gegenüber festgestellt werden, dass alle anderen Lebens- und Bedarfsartikel eine bis 1000 % betragende Preissteigerung erfahren haben und die Regierung anscheinend den letzten Eckpfeiler einer vernünftigen Preisgestaltung, als welche sich die derzeitigen Preise für Brot und Mehl darstellen, selbst beseitigen will. Insbesondere in einer Zeit, wo die Regierung von dem bevorstehenden Abbau der Lebensmittelpreise spricht, sei die beabsichtigte Massnahme umso unverständlicher. Es werde auch nicht zu vermeiden sein, dass die Erhöhung der Brot und Mehlpreise natürlicher Weise erneute höhere Lohnforderungen bei den Arbeitern und Fixangestellten, insbesondere auch im Bäckergewerbe auslösen werde. Der Referent stellt schliesslich eine Reihe von Anträgen zur Diskursion.

Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich die Stadträte von Steiner, Spalowsky, Knoll, Körber, Müller, Brauneiss und Hohensinner beteiligten, formulierte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die nachstehenden Anträge, welche einstimmig angenommen wurden.

Der Stadtrat erhebt Protest gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, welche in keinem Verhältnisse zu den von der Regierung den Landwirten bewilligten Getreideübernahmepreisen stehen.

Der Stadtrat fordert die Erstellung von billigen Brotmehlpreisen, welche dadurch erreicht werden kann, dass die Regierung den Ersatz der Mehraufwendung übernimmt, da derzeit die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise in dem von der Regierung geplanten Ausmasse sich als eine unsoziale, nur die städtischen Konsumenten belastende Verbrauchssteuer darstellt. Weiters kann der eventuelle Abgang in der Mehlgebahrung durch eine Erhöhung der Preise für Feinmehl wettgemacht werden.

Der Stadtrat fordert die unbedingte Sicherung der vollen Mehl- und Brotquote für das ganze Wirtschaftsjahr 1918/19, welche nur in der restlosen Erfassung der Ernterträge in Oesterreich und in der zweckmässigen Verteilung gefunden werden kann.

Der Stadtrat fordert neuerlich die Einsichtnahme in die Gebahrung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch Vertreter der Gemeinde Wien.

Der Stadtrat fordert die Regierung auf, bei den Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung ein festes vertragsmässiges Kontingent an ungarischen Lebensmitteln für den Konsumplatz Wien zuzusichern.